Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

107. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2 mal täglich ins Haus gebracht: 90 Pf. monatlich, 2.70 Mk. vierteljährlich. Bei unsern Filialen und Annahmestellen abgeholt: 75 Pf. monatlich, 2.25 Mk. vierteljährlich.
Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint 2 mal täglich, Sonn- u. Feiertage nur 1 mal.
Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.
Berliner Redaktion: In den Zelten 9. Fernsprech-Anschluß: Amt Moabit Nr. 467.

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 Mk. von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr: Gesamtauflage 5 Mk. pro Tausend exkl. Postgebühr. Leitbeilage höher.
Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Geschäftsstelle für Berlin und die Provinz Brandenburg: Berlin W. 10, Margarethenstraße 8. Fernsprecher Lützow 6671. Direktion Walter Fliegel.

Nr. 448. Donnerstag, den 4. September. **1913.**

Erinnerungen an 1813:

4. September. Gefecht bei Zahna zwischen Franzosen und dem Korps des Grafen Tauenzien.

Mehrere tausend österreichische, preußische und russische Kriegsgefangene aus Dresden kommen in Leipzig an. Sie werden teils in der Pleißenburg, teils in den Pulvertürmen untergebracht und am 5. September nach Frankreich weitertransportiert.

Das Wichtigste.

* Die Danziger und die „Schlesische Zeitung" melden, daß an maßgebenden Stellen von einer Uebersiedlung des Kronprinzen nach Breslau nichts bekannt ist. (S. Dtschs. Reich.)

* Der Allgemeine Deutsche Bergmannstag wurde am Mittwoch in Breslau eröffnet. (S. Dtschs. Reich.)

* Die bulgarischen Unterhändler General Sanoa und Gesandter Toschew sind in Konstantinopel eingetroffen. (S. bes. Art.)

* Der König von Spanien bewilligte nach einer Madrider Meldung der „Frkft. Ztg." dem Königsmörder Sancho Alegre Strafnachlaß.

* Die 18. Interparlamentarische Konferenz wurde am Mittwoch im Haag eröffnet. (S. Ausl.)

Die politische Bedeutung der letzten englischen Flottenmanöver.

Von **Alfred Breusing**, Admiral z. D.

Mit einiger Ueberraschung hat man kürzlich gelesen, daß es bei den im Juli d. J. durchgeführten großen Manövern der englischen Flotte dem schwächeren Angreifer gelungen ist, trotz aller Aufmerksamkeit des Verteidigers an mehreren Punkten der englischen Ostküste Truppen zu landen. Diejenigen Leser, die den Verhältnissen nicht ganz fremd gegenüberstehen, werden sich schon gesagt haben, daß dieser Ausgang des Manövers den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen könne.

Die englische Flotte war für die diesjährigen Manöver in zwei ungleiche Teile geteilt, deren Stärkeverhältnis dem der englischen zur deutschen Flotte entsprach. Die stärkere Verteidigungsflotte hatte für den ersten Teil der Manöver die Aufgabe, in strategischer Defensive die englische Küste gegen Landungen feindlicher Truppen zu schützen; die Angriffsflotte, der man einige Transportschiffe mit Truppen beigegeben hatte, hatte den Auftrag, diese Truppen an der englischen Küste zu landen. Der Angreifer führte seinen Auftrag aus, indem er am dritten Manövertage durch ein Scheinmanöver die Seestreitkräfte des Verteidigers von der Mündung des Humber fortlockte und dann einen Teil seiner Transportdampfer in den Humber einlaufen ließ. Diese landeten ungestört in Grimsby 4000 Mann, denen für längere Zeit keine ausreichenden Streitkräfte des Verteidigers entgegengestellt werden konnten. Am fünften Manövertage gelang es dem Angreifer, am frühen Morgen überraschend in Sunderland 700 Mann und in Blyth 1000 Mann zu landen.

Unter den Besprechungen dieses Manövers in den englischen Zeitschriften ist besonders bemerkenswert die der „Times" von ihrem langjährigen ständigen Mitarbeiter Oberst a. D. Repington. Dieser führte in einem erdichteten Brief eines deutschen Obersten aus, daß ein Einfall einer deutschen Armee in England durchaus möglich sei, da in Deutschland alles auf einen Angriffskrieg zugeschnitten sei und Politik und Kriegführung Hand in Hand arbeiteten, während in England nach seiner Konstitution die Regierung nicht den Krieg erklären und den ersten Schlag führen könne. Da England keine Armee zur Abwehr der einfallenden Truppen habe, sei es gezwungen, seine Flotte in der Heimat geschlossen zu halten. Dadurch blieben die übrigen Teile des englischen Weltreiches ohne Schutz. Die Flotte würde ihrer eigentlichen Aufgabe entzogen. Das einzige Heilmittel gegen dieses Uebel sei die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England.

Diese Ausführungen sind zum Teil vollkommen falsch. Um England zu erobern, würde nach sachkundigem Urteil eine Armee von 240 000 Mann notwendig sein. Da nun die in den deutschen Häfen jeweilig zu erlangenden deutschen Dampfer nur etwa die Hälfte dieser Armee aufnehmen können, so müßte der Transport in zwei Staffeln erfolgen. Selbst wenn die Transportdampfer gänzlich unbelästigt vom Gegner blieben, würde zwischen der Ankunft der ersten und der zweiten Staffel in England ein so großer Zwischenraum liegen, daß die zweite Staffel von der ersten nichts mehr kampffähig vorfinden würde. Die Einrichtung der Dampfer für den Transport und die Versammlung der Truppen in den Einschiffungshäfen würde ferner so lange Zeit in Anspruch nehmen, daß die englische Flotte mehr als genug Zeit haben würde, vor dem Auslaufen der deutschen Transportflotte eine enge Blockadelinie dicht vor den deutschen Einschiffungshäfen einzurichten. Eine Kriegführung, wie sie beim neulichen Manöver der englischen Verteidigungsflotte vorgeschrieben war, bei der diese an der englischen Küste zu deren Schutz verteilt war, ist im Ernstfalle gänzlich ausgeschlossen. Die englische Admiralität betont bei jeder Gelegenheit, daß die englische Grenze an der Küste des Feindes liege und daß daher dort der Posten der englischen Flotte sei. Man darf deshalb mit vollkommener Sicherheit darauf rechnen, daß nicht ein einziges deutsches Transportschiff die englische Küste jemals sehen würde. Selbst wenn ein einzelnes Transportschiff durch die Blockadelinie gebracht werden könnte, würden es die unzähligen englischen Kreuzer, Torpedobootzerstörer, Torpedoboote und Unterseeboote auf dem Wege nach England auf den Boden der Nordsee schicken. So ist die tatsächliche Lage, die Oberst Repington durchaus bekannt ist.

Um die Bedeutung der englischen diesjährigen Flottenmanöver richtig zu würdigen, muß man sich erinnern, daß die englische Admiralität im vorigen Jahre ein Flottenmanöver eigens zum Zwecke angelegt hat, um nachzuweisen, daß es in einem Kriege Frankreichs und Englands gegen das Deutsche Reich möglich sei, ein englisches Hilfskorps nach Belgien hinüberzubringen, bevor die deutsche Flotte vernichtet ist. Man muß sich ferner erinnern, daß vor einigen Wochen in einer öffentlichen Rede der erste Seelord der englischen Admiralität, Admiral Prinz Ludwig von Battenberg, aufs ernsteste gefordert hat, daß die englische Armee zur Entlastung der Flotte verstärkt und verbessert werde. Diese Forderung entspringt der Einsicht, daß in den beiden nächsten Jahren zum Schutze von Aegypten, Australien und Neuseeland eine große Verstärkung der englischen Flotte im Mittelmeer und im fernen Osten unumgänglich sein wird, und daß die nötige Anzahl von Linienschiffen und Linienschiffkreuzern dazu nicht herzustellen ist, weil es dafür in England an Werftarbeitern, Schiffbaumaterial und Besatzungspersonal fehlt. Eine Verminderung der Seestreitkräfte in den heimischen Gewässern wird deshalb notwendig werden, und nur darum ist die Einwirkung auf die öffentliche Meinung zugunsten einer Verstärkung des englischen Heeres durch eigens zu dem Zwecke angelegte Flottenmanöver erfolgt.

Für die Bestimmung der Wege und Ziele unserer auswärtigen Politik ist diese Erkenntnis von erheblicher Bedeutung.

Berufliche und soziale Gliederung in Deutschland.

K. L. Wir stehen im Zeitalter starker wirtschaftlicher Veränderungen. Noch ist in keiner Weise ein Beharrungszustand in unserer Volkswirtschaft zu bemerken. Man muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß in den nächsten Jahrzehnten noch weitere Umwälzungen stattfinden oder daß wenigstens die bisherigen Veränderungen sich noch in weiterem Umfange durchsetzen. Für die Erkenntnis der allgemeinen Entwicklungsrichtungen der deutschen Volkswirtschaft ist das weitschichtige Material der deutschen Berufs- und Betriebsstatistik vom Jahre 1907 von großer Wichtigkeit. In Verbindung mit den Ergebnissen manches anderen Zweiges der amtlichen Statistik, insbesondere der Handels-, Einkommen- und der allgemeinen Bevölkerungsstatistik, bietet es eine ziemlich sichere Grundlage für eine richtige Beurteilung der Verhältnisse.

Die Zeit, in der die Landwirtschaft das Hauptgewerbe Deutschlands war, liegt nicht allzulange hinter uns zurück. Noch 1882 lebten 42,5 Prozent der Gesamtbevölkerung von ihr, 1907 dagegen nur noch 28,6 Prozent. Auf das Land entfielen 1882 von 100 männlichen Erwerbstätigen 57,3 Prozent, 1907 waren es nur 40,7 Prozent. Während im Jahre 1882 erst etwas über zwei Fünftel aller männlichen Erwerbstätigen, dagegen nicht ganz drei Fünftel auf dem Lande, besteht jetzt das genau umgekehrte Verhältnis. Noch mehr schnellte die Zahl der männlichen Erwerbstätigen in den Großstädten herauf. Die weibliche Erwerbstätigkeit hat ihr Schwergewicht vorläufig noch auf dem Lande. Den Rückgang der Bedeutung der Landwirtschaft zeigen folgende Zahlen über die Verteilung der Bevölkerung auf die Haupterwerbsgebiete. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft sank danach von 1882 bis 1907 von 41,6 Prozent auf 28,4 Prozent, während der Anteil von Industrie und Bergbau von 34,8 Prozent auf 42,2 Prozent stieg, derjenige von Handel und Verkehr von 9,4 Prozent auf 12,8 Prozent. Diese Entwicklung der allgemeinen Berufsgliederung, bei der die Bedeutung von Handel und Industrie wächst, die der Landwirtschaft aber verringert wird, ist keineswegs allein Deutschland eigentümlich. Sie zeigt sich in allen modernen Kulturstaaten.

Die Zunahme der hauptberuflich erwerbstätigen Frauen überragt um etwa das Dreifache die der Männer. Die Kinderarbeit griff trotz der Kinderschutzgesetze usw. seit den früheren Zählungen weiter um sich. In den industriellen Unternehmungen wurden 1907 zusammen 60 094 Kinder unter 14 Jahren beschäftigt.

Die Nachweisungen über das Alter der Erwerbstätigen zeigen, daß die Zahl der männlichen Arbeiter im Alter von 40 Jahren und darüber mehr und mehr abnimmt. Noch im Jahre 1895 waren 35,3 Prozent der Arbeiterschaft in diesem Alter, 1907 nur noch 33,8 Prozent. In den Großstädten hat sich der Anteil der über 40 Jahre alten Arbeiter an der Gesamtarbeiterschaft nicht geändert, er beträgt 29,4 Prozent. Die Zahl der berufslosen Selbständigen ist gestiegen. Aus eigenem Vermögen, Renten, Pensionen usw. zogen ihren Unterhalt 1907 2 278 022 Personen gegenüber nur 1 288 484 im Jahre 1895. Von Unterstützungen, als Studierende und Schüler, die nicht bei ihren Eltern wohnten, als Insassen von Invaliden-, Armen- und Siechenhäusern lebten 1907 insgesamt 1 126 961 Personen, 32 Prozent mehr als im Jahre 1895. Nach der sozialen Stellung gruppierten sich die Erwerbstätigen 1907 folgendermaßen: 5 490 288 Selbständige, 1 290 728 Angestellte, 17 836 121 Arbeiter. Seit 1895 haben die Selbständigen einen Zuwachs von 0,3 Prozent zu verzeichnen, die Angestellten von 107,6 Prozent, die Arbeiter von 39,2 Prozent.

Absolut betrachtet hat heute Deutschlands Industrie die größte Zahl der Erwerbstätigen. Wenn auch die Industrien in allen Kulturstaaten Fortschritte in dem Sinne gemacht haben, daß sie einer größeren Zahl von Menschen als früher Nahrung geben, so kann sich doch Deutschland mit gewissem Rechte heute als einen der größten, wenn nicht überhaupt als den größten Industriestaat bezeichnen.

Die Abwicklung der Balkanwirren.

Die bulgarischen Unterhändler in Konstantinopel.

Konstantinopel, 3. September. Die bulgarischen Unterhändler General Sawow und Gesandter Toschew sind heute mittag hier eingetroffen. Am Donnerstag soll die erste Sitzung mit den türkischen Delegierten stattfindrn. Eingeweihte Kreise versichern, daß alle bisher verbreiteten Lesarten über Vorschläge oder Gegenvorschläge unrichtig sind; es wurde noch nicht einmal eine Grundlage festgestellt, auf der die Verhandlungen geführt werden sollen. Hinzugefügt wird aber, daß auf beiden Seiten der gute Wille herrscht, zu einer Verständigung zu gelangen, weshalb man ein baldiges günstiges Ergebnis erhofft. Sollten sich dennoch Schwierigkeiten ergeben, so nimmt man an, daß die Konstantinopeler Botschafter vermitteln werden.

Ein neuer Vormarsch der Türkei?

Sofia, 3. September. Die türkischen Truppen haben am rechten Ufer der Maritza außer Kirdschali, Majanli und Gümüldschina auch die Ortschaft Sufli besetzt, und in der Umgebung der Dörfer Mezek und Beschtepe über 12 000 Mann konzentriert. Weiter stehen zwei Kompanien auf den Höhen südlich von Ortschakrig, irreguläre Infanterie und Kavallerie in der Umgebung von Dodhan-Hissar und irreguläre Truppen östlich vom Pahli. Kavalleriepatrouillen streifen die ganze alte Grenze entlang. Gümüldschina wurde durch Irreguläre in Stärke von 2000 Mann eingenommen, die am 29. August in die Stadt eindrangen. Die Offiziere verboten sofort jeden Verkehr mit der Außenwelt. In Topali, nordwestlich von Gümüldschina, bildete sich eine Bande, die in den Dörfern der Umgebung Straßenräubereien verübt. Am 31. August rückte türkische Infanterie und Kavallerie von Gümüldschina gegen Xanthi vor und besetzte die Stadt. Das 9. bulgarische Kavallerieregiment, das hier in Garnison lag, erhielt Befehl, jeden Kampf mit den türkischen Truppen zu vermeiden. Trotzdem sah das Regiment sich genötigt, mit der türkischen Infanterie, die ihm dicht auf dem Fuße folgte, Schüsse zu wechseln. Irreguläre Banden marschieren in der Richtung auf das Dorf Sinkowo. Ein weiteres Auftreten von Banden wird aus der Gegend westlich von Xanthi gemeldet.

Ein griechisches Kriegsschiff von den Türken beschossen.

London, 3. September. Nach einer Lloydmeldung aus Athen soll ein türkisches Kriegsschiff ein aus den Dardanellen nach Dedeagatsch ausfahrendes griechisches Kanonenboot beschossen haben. Die griechische Flotte hat darauf Befehl erhalten, sich bei Dedeagatsch zu sammeln.

Türkische Finanzfragen.

Frankfurt a. M., 3 September. Wie die „Frankf. Zeitg." aus Konstantinopel erfährt, ist der Vorschuß von 200 000 Pfund, den die Pforte von der Dette publique erhalten hat, aus der ersten größeren Transaktion rückzahlbar und durch Ueberschüsse der Zolleinnahmen sichergestellt. Die Regierung zahlte zum heutigen Bairamfest den Beamten ein halbes Monatsgehalt aus, so daß noch 3½ Monatsgehälter rückständig bleiben.

Politische Uebersicht

Der französische Kampf gegen die deutsche Ware.

Erst dieser Tage hatte der „Temps" die Beschwerden der deutschen Industrie über die Zollbehandlung der deutschen Ware so im allgemeinen wenigstens als berechtigt erkannt. Aber dieses Zugeständnis scheint die Feinde des deutschen Wettbewerbes sehr verärgert zu haben. Im „Echo de Paris" ruft ein Herr Franc-Mohain zu einer rücksichtslosen Abwehr der „deutschen Fälscher und Betrüger" auf. Er hat nämlich gehört, daß im ägyptischen Sanitätsdienst die deutschen Produkte begünstigt, die französischen „verboten" seien, und diese gewiß sehr fragwürdige Tatsache veranlaßt ihn die Regierung zu einem Notgesetz aufzufordern. Er verlangt, daß die Reisenden, die deutsche Marken in Frankreich vertreiben, eine Legitimationskarte lösen und ein Patent bezahlen sollen; Gesellschaften, die sich französisch nennen, sollen wegen Betrugs verfolgt werden, „wenn einer oder mehrere ihrer Administratoren und Direktoren Ausländer sind, wenn sie nicht ausschließlich den französischen Gesetzen unterstehen, wenn sie nur eine Filiale fremder Unternehmungen sind und mehr als 10% fremden Personals verwenden" (!) „Er erheischt weiter, „daß jedes Produkt, das nicht in Frankreich oder seinen Kolonien von rein französischen Gesellschaften fabriziert wird", ausdrücklich als ausländisch bezeichnet werden muß". Auf diese Weise wenigstens erfährt der französische Käufer, woran er sich zu halten hat und wird nicht mehr vom französischen Standpunkt gegen das Prinzip verstoßen, das in allen deutschen Schulen in großen Lettern angeschlagen ist: „Dein Geld darf nur deutschen Kaufleuten und deutschen Arbeitern zum Nutzen gereichen." (!)

Diese Aufregung ist wirklich lächerlich; aber leider ist kein Zweifel darüber, daß solche Uebertreibungen zurzeit von der aufgebrachten Stimmung in Frankreich sehr willig aufgenommen werden.

Die Notwendigkeit der Kostenerstattung beim Heilverfahren der Angestelltenversicherung.

Wir brachten jüngst eine Mitteilung über einen bedauerlichen Mißstand bei der Einleitung des Heilverfahrens durch die Angestelltenversicherung. Die Angestellten, die krank werden und sich um das Heilverfahren bei der Angestelltenversicherung bewerben, müssen wenigstens drei bis vier Wochen warten, ehe sie Bescheid erhalten, ob der Einleitung des Heilverfahrens nichts im Wege steht. Nunmehr liegen die abschließenden Zahlen über die Wirksamkeit des Heilverfahrens der Angestelltenversicherung seit seiner Eröffnung am 20. April bis Mitte Juli, also im ersten Vierteljahr seines Bestehens vor, aus denen hervorgeht, wie nötig und richtig oft die Einleitung des Verfahrens ist und wie wünschenswert auch die nachträgliche Erstattung der Kosten in den Fällen wäre, wo die Kranken das Verfahren ohne Genehmigung eingeleitet haben. Das Heilverfahren ist in der genannten Zeit von 4027 Versicherten gefordert worden, und zwar von 1407 weiblichen und 2620 männlichen Versicherten. Von den bis jetzt erledigten 2258 Anträgen entfallen 265 auf Ablehnung, 89 wurden zurückgezogen und 37 Heilverfahren, sowie 30 Zahnheilverfahren wurden bereits ganz durchgeführt. Von den übrigen Versicherten befinden sich zurzeit 527 in Lungenheilstätten, 417 in Sanatorien, 637 in Bädern und 12 in Krankenhäusern, weitere 244 erhielten ein Zahnheilverfahren bewilligt. 121 genehmigte Verfahren befinden sich noch im Verfahren der Reichsanstalt.

Sittlichkeitsretterei.

Nach dem Metzer Katholikentag brachte ein dortiges Blatt Andeutungen von Unsittlichkeiten, die Teilnehmer in ihrer Festfreude begangen haben sollten. Sie seien mit Heiligenfahnen durch eine berüchtigte Gasse gezogen, und bei diesem Vergnügen sei es nicht geblieben. Wir haben von dem widerlichen Pressestreit, der sich an diese Dinge knüpfte, nichts mitgeteilt. Es wurde aus einem Lager weidlich in das andere hinübergeschimpft, ohne daß abzusehen war, was bei dem Geschimpfe herauskommen sollte. Allerdings konnte man vielleicht einige Schadenfreude darüber empfinden, daß die klerikale Presse, die bei jeder Gelegenheit, d. h. dann, wenn sie Andersgesinnte auf bösen Wegen ertappt zu haben glaubte, ihre Klagen über die verlotterten Zeitgenossen zu erheben pflegt, nun einmal selbst in die größte Verlegenheit geriet. Statt einfach zu sagen daß selbst, wenn einzelne Teilnehmer am Katholikentage sich übel benommen haben sollten, dies kein Blatt berechtige, die ganze Teilnehmerschaft zu verdächtigen, verfällt die „Germania" jetzt auf den denkbar schlechtesten Ausweg. Sie bezeichnet es als erwiesen, daß Elemente, die mit dem Katholikentag nichts zu tun hatten, sich Festabzeichen ansteckten, um durch ihr Verhalten den „Schwarzen" einen Schabernack zu spielen und sie zu kompromittieren! Das ist denn doch eine höchst fragwürdige Art, sich der Widersacher zu entledigen. Die Absicht ist natürlich klar. Der Zorn der eigenen Gefolgschaft soll auf politische Gegner abgelenkt und ihr klargemacht werden, daß diese jeder Niedertracht fähig sind. Auf diese Weise hofft man eine unangenehme Sache, über die ruhig hinwegzugehen das richtigste gewesen wäre, schließlich noch zur Belebung des politischen Hasses zu benutzen.

SLUB
Wir führen Wissen.